

27.10.2017

Rekordbeschäftigung, niedrige Arbeitslosigkeit, steigende Löhne, ausgeglichener Haushalt – objektiv gesehen geht es Deutschland derzeit gut. Doch bei der Bundestagswahl haben wir regierenden Christdemokraten das schlechteste Ergebnis seit rund siebzig Jahren eingefahren. Gleichzeitig kletterte die AfD auf über zwölf Prozent, in einigen Regionen weit darüber hinaus. Das ist die Situation. Daher wird der Weg nach Jamaika ein steiniger sein müssen. Die Union muss jetzt offen und ehrlich analysieren, was eigentlich passiert ist. Daraus müssen die notwendigen Schlussfolgerungen gezogen und bereits in den Koalitionsverhandlungen die richtigen Themen besetzt werden. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass Jamaika für die Union eine erfolgreiche Reise werden wird.

Worin liegen die Gründe für das Wahlergebnis? Erstens: Im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation haben viele Menschen wahrgenommen, dass unser Staat in Teilen nicht so funktioniert, wie sie das erwarten. Berechtigte Fragen wurden gestellt: Warum dauern die Asylverfahren so lange? Warum verweilen so viele Menschen ohne Bleiberecht in unserem Land? Warum werden Straftäter nicht konsequent zurückgeführt? Das haben mich viele besorgt bei meinen Hausbesuchen im Wahlkampf gefragt. Und viele haben ein ungutes Gefühl angesichts der Fremden aus anderen Kulturkreisen, die in unser Land kommen. Auch, aber nicht nur mit der Flüchtlingssituation hängt zusammen, dass das Vertrauen in den Staat, die Innere Sicherheit zu gewährleisten, bröckelt. Wohnungseinbrüche und Ausschreitungen beim G20-Gipfel in Hamburg seien hier nur exemplarisch genannt. All diese Punkte haben gemeinsam: Vertrauen und Vertrautes schwinden.

Zweitens: Im Wahlkampf rückten Themen wie Rente, Gesundheit und Pflege zunehmend in den Vordergrund. Die Menschen stellten auch hier berechtigte Fragen. Doch die Union verhielt sich defensiv und verwies allzu gern auf bereits Erreichtes, anstatt die Zukunftssorgen der Menschen wirklich aufzugreifen. Gerade die Kombination aus Flüchtlingsthema und sozialen Fragestellungen hat bei einigen Wählern den Eindruck entstehen lassen, ihre Lebensleistungen würden nicht adäquat honoriert, einheimische Deutsche würden gar benachteiligt – auch hier: Vertrauen und Vertrautes schwinden.

Drittens: Laut einer Umfrage sagten 62 Prozent, die Wirtschaftslage sei gut, aber nur 52 Prozent, dass Deutschland eher gut auf die Zukunft vorbereitet wäre. Vielen geht es gut, aber sie haben Angst, etwas zu verlieren. Die AfD hat ihren stärksten Zuspruch in der mittleren Generation und bei den Arbeitern. Jene Anfang Vierzig, die seit ihrem 16. Lebensjahr in der Industrie oder im verarbeitenden Gewerbe Woche für Woche arbeiten, heute ordentliches Geld verdienen und eine Familie ernähren, spüren, dass sich die Welt rasend schnell verändert, dass sie sich globalisiert und digitalisiert. Komme ich mit diesen Veränderungen noch mit? Wird es meinen Arbeitsplatz in zehn Jahren noch geben? Kann ich mein Haus noch abbezahlen? Die Angst, abgehängt zu werden, ist verbreitet. Sind wir auf diese Ängste wirklich eingegangen? Und zu all dem wird im Wahlkampf auch noch wochenlang darüber diskutiert, dass Dieselautos bald nichts mehr Wert sein würden. Einmal mehr: Vertrauen und Vertrautes schwinden.

Obendrein kommt das Gefühl, von den Regierenden in diesen Punkten nicht mehr gehört und ernst genommen zu werden. Die Reaktion am Wahlsonntag erfolgte in Form von Protest

– verbunden mit der Absicht, eine Resonanz zu erzwingen. Das Protestpotential hat sich nochmals umso stärker dort geäußert, wo Menschen ohnehin weniger Bindungen und Halt haben – seien es Bindungen in einem Verein oder kirchliche Bindungen.

Was folgt daraus für das künftige Regierungshandeln? Wir müssen zunächst allen, die sich nicht mehr gehört fühlen, genau zuhören und ihre Anliegen ernst nehmen. Die CDU muss gerade jetzt mit dem Ohr vor Ort sein. Die künftige Regierung muss die Defizite staatlichen Handelns bei der Flüchtlingssituation und bei der Inneren Sicherheit schnellstens beheben. Hier muss sich die Union in der Koalition behaupten, notfalls müssen dafür Zugeständnisse in anderen Bereichen machen. Wir müssen mit offenem Visier verschiedene Bereiche der Sozialpolitik neu denken, ausgehend von den konkreten Lebenssituationen der Menschen in unserem Land. Wir müssen vor allem jenen, die sich heute sorgen, Zukunftsstrategien und Perspektiven aufzeigen. Dazu gehört ein kluger politischer Rahmen, der ermöglicht, dass die Digitalisierung den Menschen in unserem Land mehr nutzt als schadet. Umschulung und Weiterbildung müssen einen ganz neuen Stellenwert bekommen. Das ist für den Einzelnen im Zweifel besser als kurzfristig ein paar Euro mehr in der Tasche. Wir müssen auch weniger über Verbote, z.B. von Dieselaautos, reden, als technologieoffen die Mobilität in unserem Land zu modernisieren. Und wir müssen dazu beitragen, dass Menschen in unserer Gesellschaft, in den Dörfern und Städten wieder mehr Bindungen und Halt finden. Ein Baustein könnte sein, das Vereinsleben aktiv zu unterstützen, statt es durch immer stärker hemmende Bürokratie zu erdrosseln. Nur so kann Vertrauen und Vertrautes wieder aufgebaut werden – das beginnt im Kleinen.

Dr. Thomas Gebhart ist seit 2009 der direkt gewählte Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Südpfalz.